

35. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sommersession 2020



-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

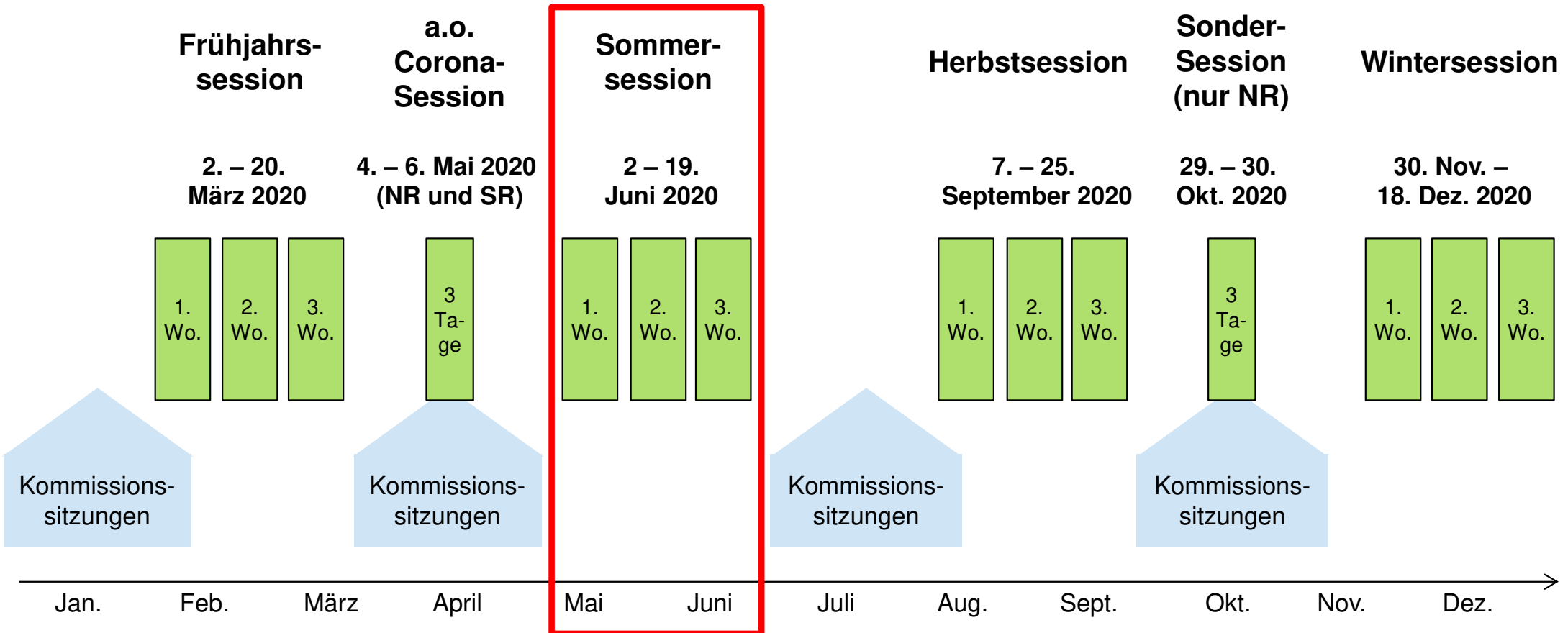
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr


2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

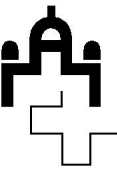
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sommersession und andere wichtige politische Entwicklungen



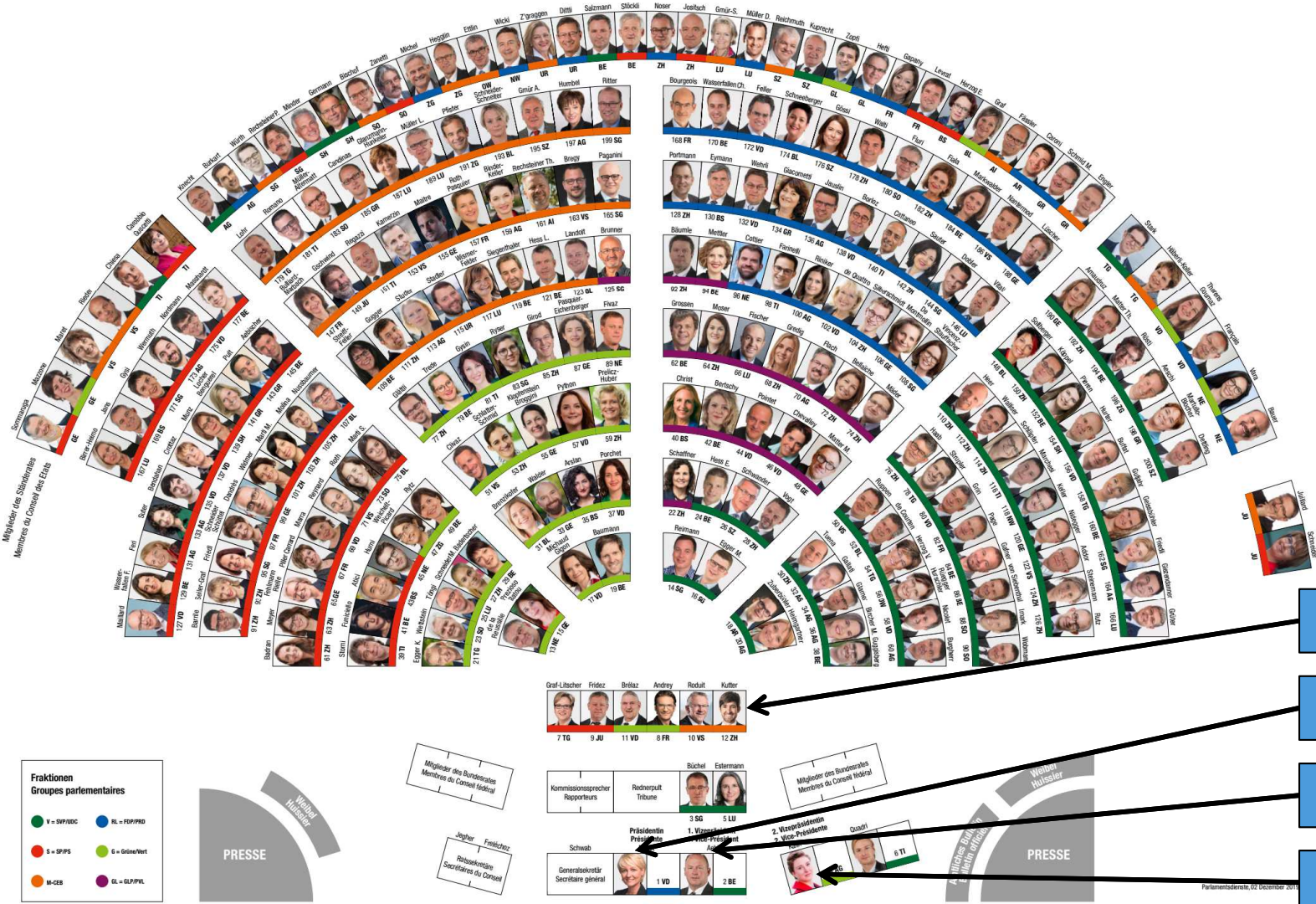
 Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der FDP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die Grünen

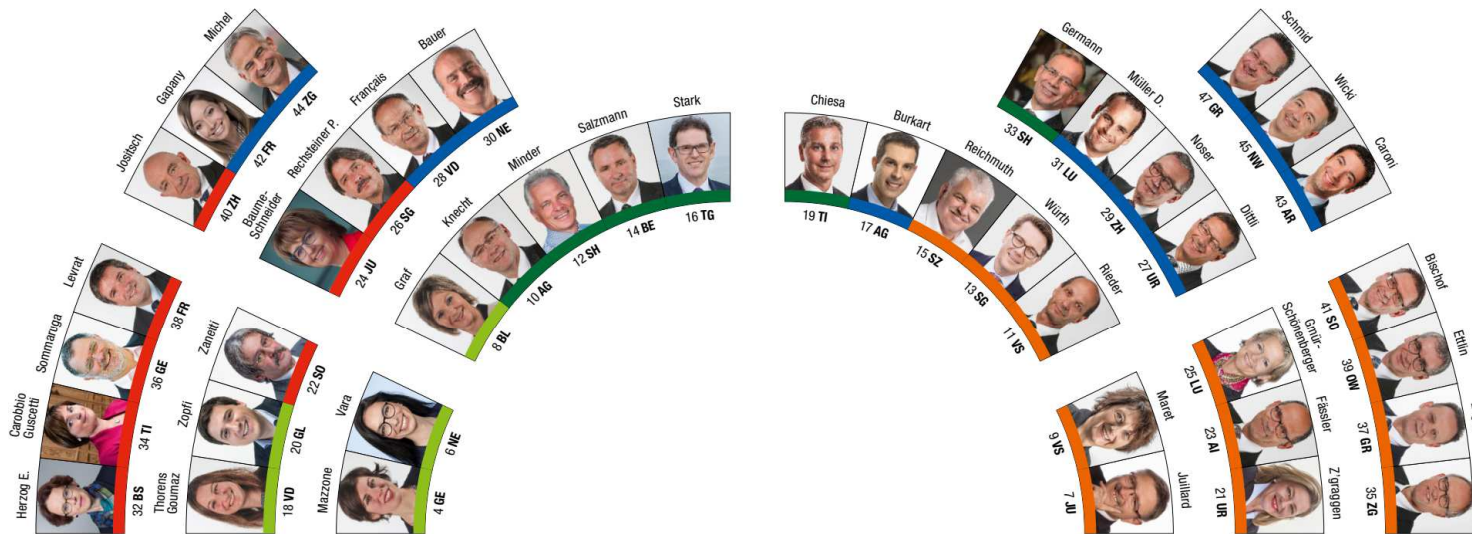


Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
SVP:	55
SP:	39
Mitte:	31
Grüne:	30
FDP:	29
GLP:	16

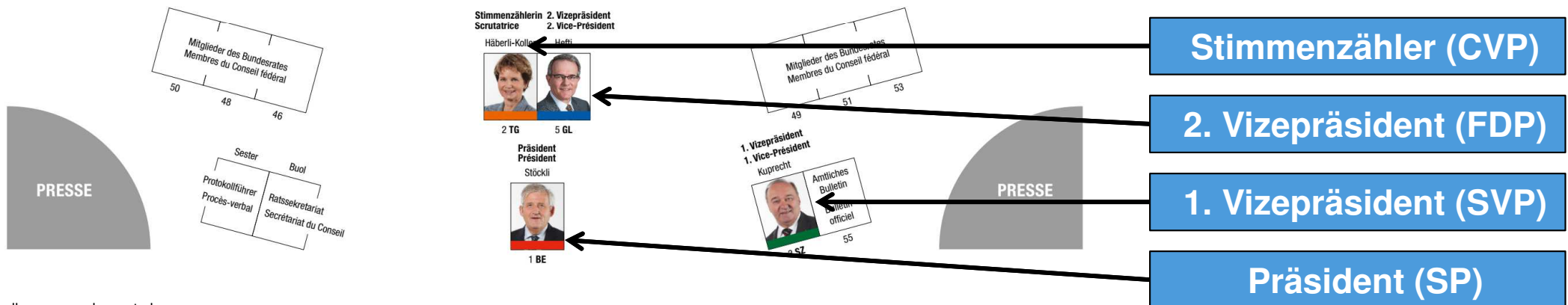
Quelle: www.parlament.ch

TA / 23. Juni 2020

**Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SP präsidiert,
die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die FDP**



Stärke der Fraktionen im Ständerat	
CVP/EVP:	13
FDP:	12
SP:	9
SVP:	7
Grüne:	5
GLP:	-

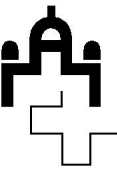


1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Sommersession 2020 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Begrenzungsinitiative im Lichte der Corona-Pandemie
- 2 Überbrückungsrente
- 3 CO₂-Gesetz
- 4 Abschaffung der Industriezölle
- 5 Verschärfung des Zivildienstgesetzes
- 6 Konzernverantwortungsinitiative
- 7 Diverse weitere Geschäfte, z.B.
 - Ablehnung Verordnungsveto
 - Verlängerung Kosovo-Einsatz der Armee
 - Einführung Frauenquoten
 - Einführung COVID-Tracing App
 - 28 Milliarden Franken für Bildung und Forschung
 - Hunderte von Millionen für Medienförderung

Wie vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit argumentiert wurde

KURZZUSAMMENFASSUNG

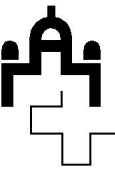
Die arbeitsmarktlichen Auswirkungen eines EU-Beitritts gehören zu den wesentlichen Konfliktpunkten der europapolitischen Diskussion in der Schweiz. Vor allem die Folgen einer Freizügigkeit der Arbeitskräfte gegenüber EU-Angehörigen liefern Anlass zu Sorge.

Die nachfolgende Studie "Integration und Arbeitsmarkt - Auswirkungen einer Annäherung der Schweiz an die Europäische Union" liefert theoretische Argumente und empirische Belege dafür, weshalb eine gegenseitige Öffnung der Arbeitsmärkte und eine reziprok gewährte Personenfreizügigkeit auch und gerade im Interesse der Schweiz ist.

- Weder würde eine starke Einwanderung in die Schweiz ausgelöst, noch wären ein genereller Druck auf das Schweizer Lohnniveau oder ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu befürchten.
- Plausibilitätsüberlegungen lassen eine *Obergrenze* des Einwanderungspotenzials von (netto) jährlich 10'000 EU-Angehörigen vermuten. Eine höhere Wahrscheinlichkeit hat jedoch die Erwartung, dass das Einwanderungspotenzial (netto) weniger als 8'000 EU-Angehörige pro Jahr erreichen dürfte (netto bedeutet Einwanderung minus Rückwanderung).

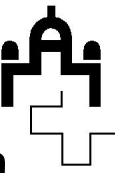
Es fehlen aber auch *empirische Indizien* dafür, dass die EU-Freizügigkeit zu starken Wanderungsbewegungen geführt hätte. Die Möglichkeit, grenzüberschreitend nach Arbeit zu suchen und in einem andern EU-Land tätig zu werden, ist die am wenigsten genutzte Freiheit des EU-Binnenmarktes. Die EU-Angehörigen sind vor allem eines: International immobil. Weniger als 2% der EU-Bevölkerung - nämlich nur rund 1,5% - leben als EU-Ausländer in einem andern EU-Land als dem eigenen Heimatland.



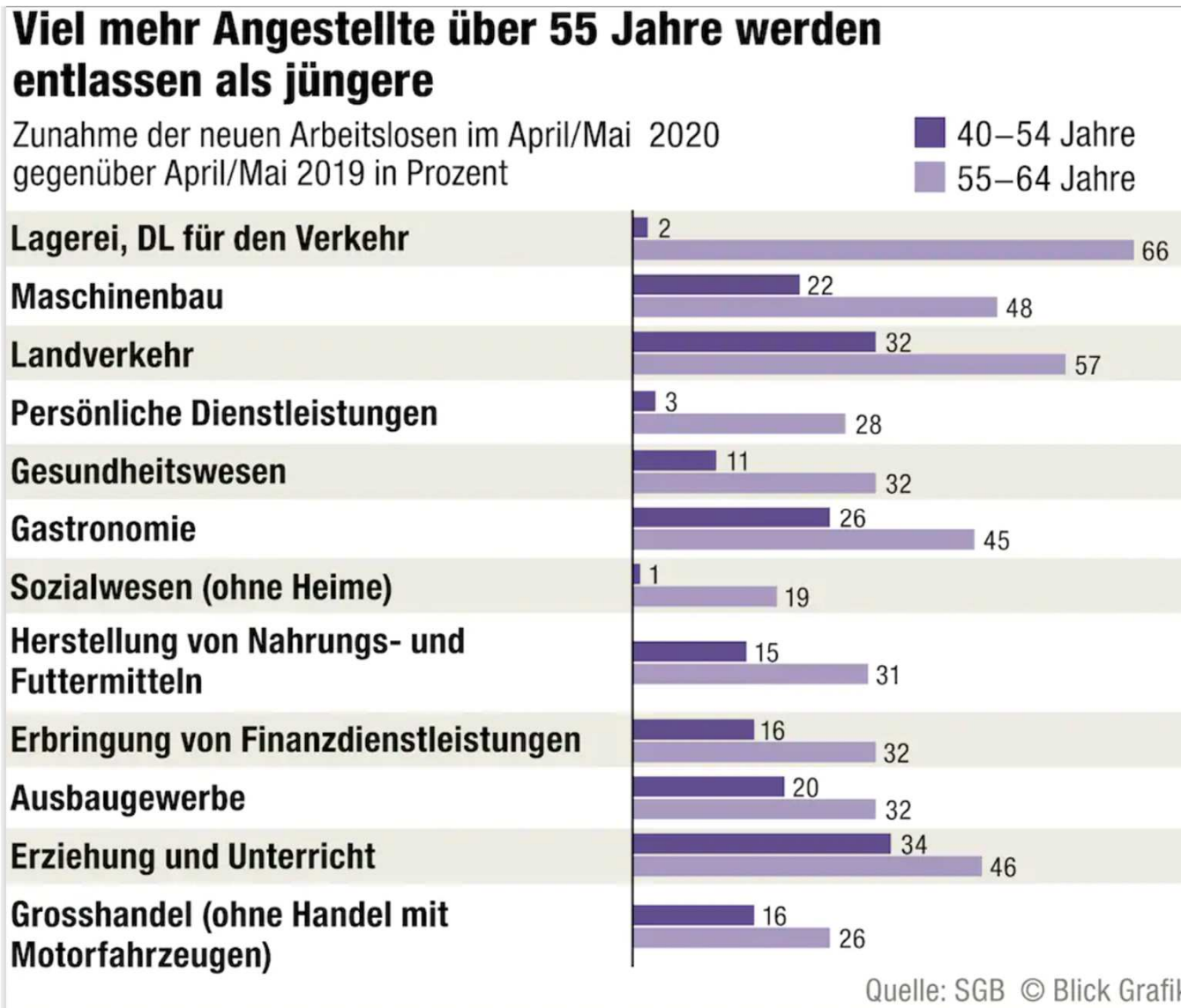


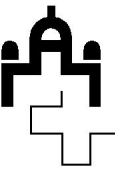
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist dramatisch: Immer mehr Schweizer verlieren ihre Stelle

- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist dramatisch: Zurzeit gibt es **1,9 Millionen Gesuche für Kurzarbeitsentschädigung**, über 780'000 Frauen und Männer nutzen die Kurzarbeit bereits und **155'998 Personen sind arbeitslos**. Gleichzeitig meldet das Seco, dass die **Zahl der offenen Stellen zurück geht**, so habe sich im Mai die Zahl der den Regionalen Arbeitsvermittlungen gemeldeten offenen Stellen um 1'714 auf 16'701 Stellen verringert. Experten rechnen damit, dass in der Schweiz **bis zu 100'000 Stellen gestrichen werden**.
- Die allgemeinen Wirtschaftsaussichten sind schlecht und es wird ein **BIP-Rückgang von 6,7%** für das Jahr 2020 erwartet (Expertengruppe Bund April 2020).
- Die Massenzuwanderung in die Schweiz geht auch in der Krise ungebrochen weiter: **In den ersten drei Monaten dieses Jahres stieg die Nettozuwanderung aus der EU um 45 Prozent**. Noch nie seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Nettozuwanderung im Vergleich zum Vorjahr derart stark angestiegen. **Allein im April** - also während des Corona-bedingten Lockdowns - **drängten rund 10'000 EU-Ausländer in den Schweizer Arbeitsmarkt** - darunter 3500 zusätzliche Grenzgänger.
- Wie eine Ende Mai vom Bund publizierte Statistik zudem zeigt, ist es ein Märchen, dass es sich bei den EU-Zuwanderern um dringend benötigte Fachkräfte handelt. **Nur gerade 399 der im April zugewanderten EU-Ausländer sind im Medizin- und Gesundheitsbereich tätig**. Gemäss Statistik verzeichneten das Gast- und das Baugewerbe, die Landwirtschaft sowie der Bereich Planung, Beratung und Informatik am meisten Zuwanderer.

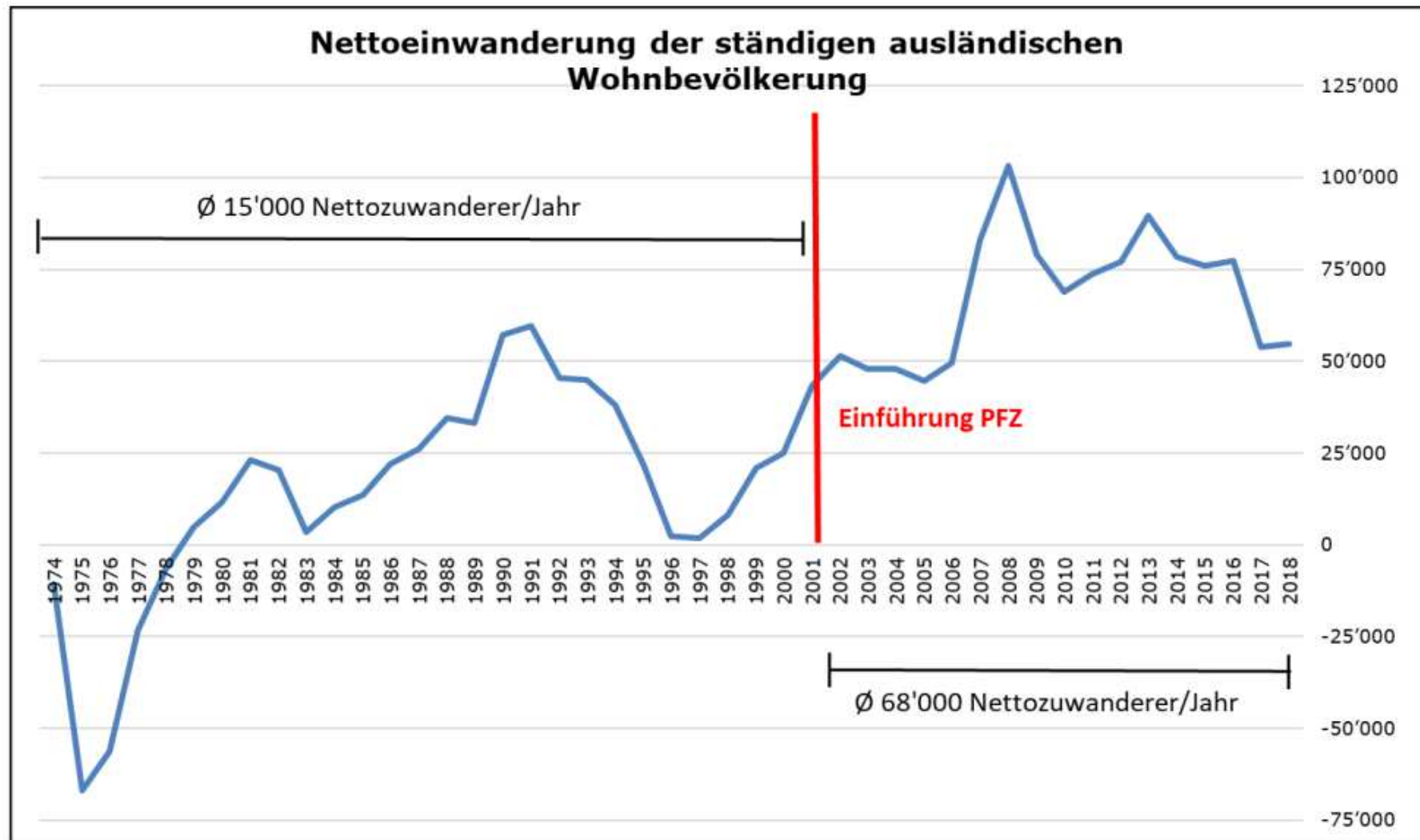


In der Corona-Krise werden vor allem Angestellte über 55 Jahren entlassen

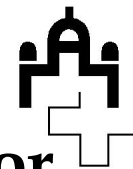




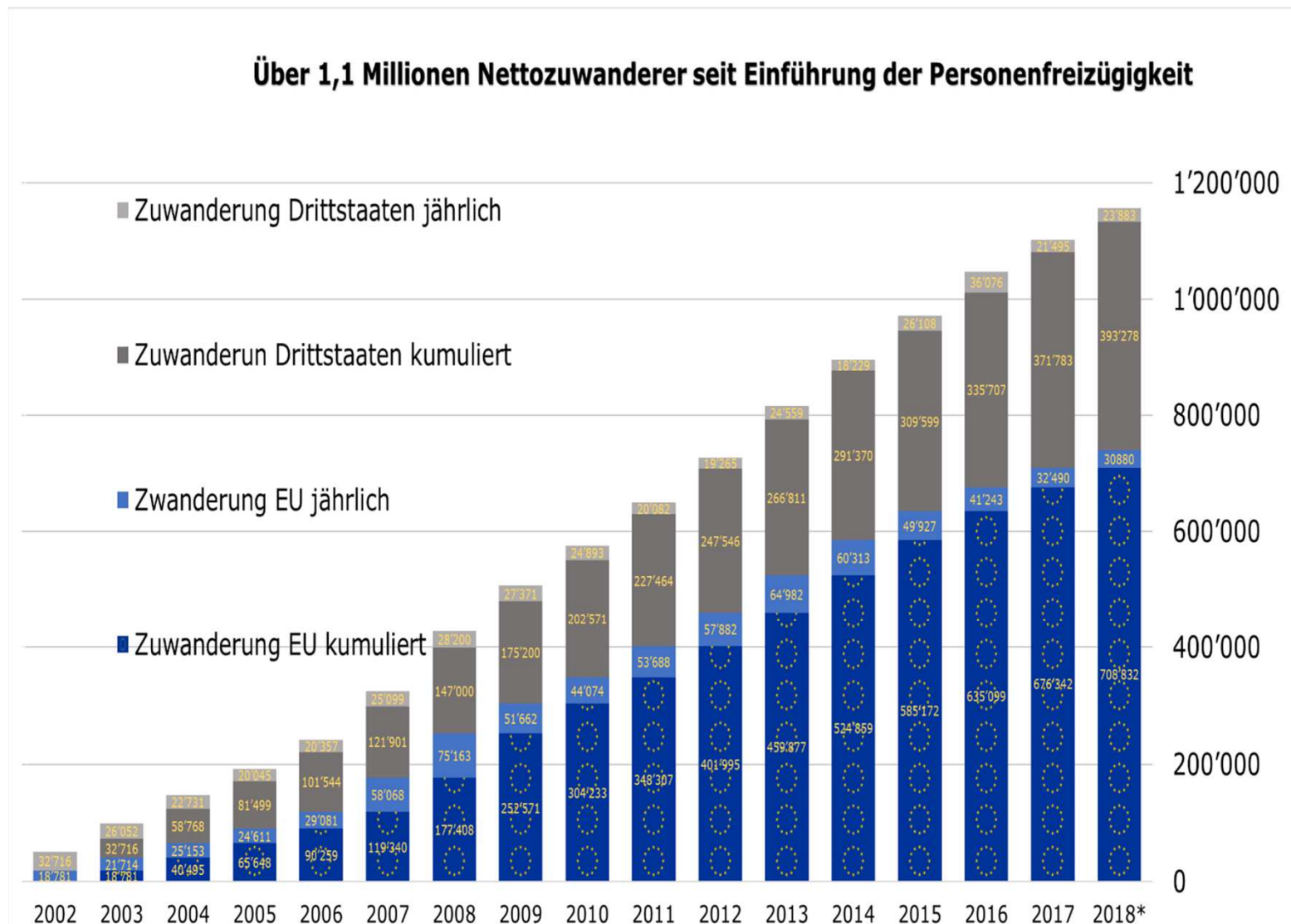
Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit wandern jährlich knapp 70'000 – statt wie früher 15'000 Personen – in die Schweiz ein

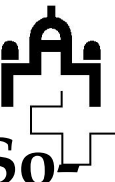


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BFS & SEM, Wanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



Wird die Personenfreizügigkeit nicht beendet, droht uns noch vor 2030 die 10-Millionen-Schweiz





Statt die Zuwanderung zu begrenzen, schafft das Parlament ein Sozialwerk zu Abfederung der neg. Auswirkungen der Zuwanderung

Ergebnis in den Räten

- Die Räte haben sich darauf geeinigt, dass ab 60 Jahren ausgesteuerte Personen Anspruch auf eine Überbrückungsrente haben sollen.
- Eine Überbrückungsrente beantragen können Alleinstehende, bei denen das Reinvermögen weniger als 50'000 Franken beträgt. Oder es melden sich Ehepaare, welche ein Vermögen kleiner als 100'000 Franken haben.
- Das Parlament setzte für Ehepaare und Personen mit Kindern den Plafond der Überbrückungsleistungen beim 2,25-Fachen des allgemeinen Lebensbedarfs fest. Das entspricht 65'643 Franken pro Jahr. Dieser Plafond enthält auch die separat vergüteten Krankheits- und Behinderungskosten.

Trotz Corona: Neues Sozialwerk hat gute Chancen

Geld für ältere Arbeitslose Das Parlament hat die Überbrückungsrente für über 60-jährige auf das Niveau der Ergänzungsleistungen gekürzt. Nun trägt auch die FDP das neue Sozialwerk mit, einzig die SVP droht mit dem Referendum.

Markus Brotschi

Als der Nationalrat Anfang März über die Überbrückungsleistungen (ÜL) debattierte, schien die Welt auf dem Arbeitsmarkt noch halbwegs in Ordnung. Drei Monate später befinden sich in der Schweiz 1,9 Millionen Angestellte in Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit nimmt laufend zu. Besonders bedrohlich ist die Situation für die über 55-jährigen, falls sie in der Krise den Job verlieren. Denn sie haben es bereits in guten Zeiten schwer, wieder eine Stelle zu finden.

Nicht zuletzt deshalb zeichnet sich im Parlament zur neuen Überbrückungsrente ein Kompromiss ab, dem sich sowohl die Kritiker im bürgerlichen Lager wie auch die Linke anschliessen. Der Nationalrat hat am Montag

die noch letzte verbliebene Differenz diskutiert. Die ÜL sollen demnach plafoniert werden: Eine Einzelperson soll jährlich höchstens 43'800 Franken erhalten, Ehepaare 65'600 Franken. Damit müssen Arbeitslose, die mit 60 oder später ausgesteuert werden, sämtliche Lebenskosten decken.

«Keine Luxusleistung»

Auf einer solchen Obergrenze beharrt vor allem der Ständerat, der das Projekt des Bundesrates bereits im letzten Dezember erheblich zusammenstutzte. Der Bundesrat sah für Einzelpersonen Maximalleistungen von 58'350 und für Ehepaare von 87'525 Franken vor, Beträge, die deutlich über jenen der Ergänzungsleistungen (EL) für Rentner liegen. Die Vorlage von National- und Ständerat orientiert

sich nun am EL-Niveau. Der Nationalrat will die maximale Überbrückungsrente auf das 2,25-Fache des EL-Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf festlegen. Darin enthalten sind auch ungedeckte Krankheitskosten. Der Ständerat beschloss das Zweifache und will die Krankheitskosten separat vergüten. Stände- und Nationalrat müssen nun in einer Einigungskonferenz noch die Stellen hinter dem Komma bereinigen, bevor sie das Projekt am 19. Juni in der Schlussabstimmung verabschieden.

Dass die neue Sozialleistung nun auf dem Niveau der EL ausgerichtet wird, holt die FDP ins Boot. Die FDP werde sich der Vorlage «grossmehrheitlich» anschliessen, sagt Ständerat Damian Müller. Denn das Parla-

ment beschränke sich nun auf die Existenzsicherung. «Es handelt sich definitiv um keine Luxusleistung», sagt Müller. «Wer ein Leben lang gearbeitet hat, trotzdem finanziell nicht auf Rosen gebettet ist und nach sechzig trotz aller Bemühungen keinen Job mehr findet, soll nicht zur Sozialhilfe müssen.» Zudem belasteten die ÜL weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer mit zusätzlichen Lohnabgaben, sondern würden aus dem Bundeshaushalt bezahlt.

Die ÜL verursachen mit geschätzten 3400 Bezüglern Kosten von rund 150 Millionen Franken jährlich. Falls als Folge der Corona-Krise mehr Menschen auf ÜL angewiesen wären, spricht das für Müller nicht gegen die Vorlage. «Ohne Überbrückungsleistungen fallen die Kosten einfach

anderswo an, nämlich bei der Sozialhilfe.» Würden die Überbrückungsleistungen aber teurer als bisher geschätzt, müssen laut Müller die Zusatzkosten anderswo im Bundeshaushalt eingespart werden.

SP: Besser als Sozialhilfe

Besser als gar nichts, lautet das Fazit der Linken. Obwohl die Leistungen auf Druck des Ständerates gegenüber der Bundesratsvorlage deutlich reduziert wurden, seien die ÜL eine bessere Lösung als die Sozialhilfe, sagt SP-Nationalrat und Gewerkschaftspräsident Pierre-Yves Maillard. Für die älteren Arbeitslosen werde es in der gegenwärtigen Krise noch schwieriger werden, eine Stelle zu finden. Auch die CVP wird der neuen Sozialversicherung zustimmen. Ge-

rade in der aktuellen Krise sei die Leistung für ältere Ausgesteuerte wichtig, sagt CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. Es handle sich um eine Minimalleistung, die sonst Gemeinden und Kantone in Form von zusätzlichen Sozialhilfeausgaben belaste.

Widerstand leistet hingegen die SVP. Fraktionschef Thomas Aeschi sprach sich gegenüber dem «Blick» für ein Referendum aus. SVP-Präsident Albert Rösti warnte im Nationalrat, dass die Überbrückungsleistungen Firmen ermuntere, in der gegenwärtigen Krise Ältere zu entlassen. Maillard sieht einem allfälligen Referendum der SVP gelassen entgegen. Schade sei einzig, dass mit einem Referendum die Einführung der Leistungen auf Anfang 2021 nicht möglich wäre und verzögert würde.

16 Ständeräte lehnten die Überbrückungsrente ab

Geschäft / Objet:

19.051-1 Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Bundesgesetz
Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG)
Prestation transitoire pour les chômeurs âgés. Loi
Loi fédérale sur les prestations transitoires pour les chômeurs âgés (LPtra)
Prestazioni transitorie per i disoccupati anziani. Legge federale
Legge federale sulle prestazioni transitorie per i disoccupati anziani (LPTD)

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:33:11

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	+	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	+	TI
Caroni	Andrea	=	AR
Chiesa	Marco	-	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	-	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	-	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	+	BL
Häberli-Koller	Brigitte	-	TG
Hefti	Thomas	+	GL
Hegglin	Peter	-	ZG
Herzog	Eva	+	BS
Jositsch	Daniel	+	ZH
Juillard	Charles	+	JU
Knecht	Hansjörg	-	AG

Kuprecht	Alex	-	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	+	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	-	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	=	ZH
Rechsteiner	Paul	+	SG
Reichmuth	Othmar	-	SZ
Rieder	Beat	-	VS
Salzmann	Werner	-	BE
Schmid	Martin	-	GR
Sommaruga	Carlo	+	GE
Stark	Jakob	-	TG
Stöckli	Hans	0	BE
Thorens Goumaz	Adèle	+	VD
Vara	Céline	+	NE
Wicki	Hans	-	NW
Würth	Benedikt	-	SG
Zanetti	Roberto	+	SO
Z'graggen	Heidi	-	UR
Zopfi	Mathias	+	GL

Legende			Tot.
+	Ja / oui / si		27
-	Nein / non / no		16
=	Enth. / abst. / ast.		2
E	Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS		0
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto		0

2 Überbrückungsrente

Im Nationalrat wagten
nur 6 CVPler, 2 FDPler
und 1 GLPler gegen die
Überbrückungsrente
zu stimmen

Abstimmung vom / Vote du: 6/19/2020 09:56:19

Binder-Keller	1	M-CEB	AG
Bregy	2	M-CEB	VS
Bulliard-Marbach	1	M-CEB	FR
Candinas	3	M-CEB	GR
Glanzmann-Hunkeler	1	M-CEB	LU
Gmür	2	M-CEB	SZ
Gschwind	1	M-CEB	JU
Gugger	1	M-CEB	ZH
Hess	1	M-CEB	BE
Humbel	1	M-CEB	AG
Kammerzin	1	M-CEB	VS
Kutter	2	M-CEB	ZH
Landolt	1	M-CEB	GL
Lohr	1	M-CEB	TG
Maire	1	M-CEB	GE
Müller	2	M-CEB	LU
Müller-Altematt	1	M-CEB	SO
Paganini	2	M-CEB	SG
Pfister	1	M-CEB	ZG
Rechtsteiner	2	M-CEB	AI
Regazzini	1	M-CEB	TI
Ritter	3	M-CEB	VS
Roduit	1	M-CEB	SG
Romano	1	M-CEB	TI
Roth Pasquier	1	M-CEB	FR
Schneider-Schneiter	1	M-CEB	BL
Segenthaler	1	M-CEB	BE
Stadler	1	M-CEB	UR
Streff-Feller	1	M-CEB	BE
Studer	1	M-CEB	AG
Wismer-Felder	1	M-CEB	LU
Borloz	1	RL	VD
Bourgeois	1	RL	FR
Cattaneo	1	RL	TI
Cottier	1	RL	NE
de Montmolin	1	RL	GE
de Quattro	1	RL	VD
Dobler	1	RL	SG
Eymann	1	RL	BS
Farinelli	1	RL	TI
Feller	1	RL	VD
Fels	3	RL	ZH
Fluri	1	RL	SO
Giacometti	1	RL	GR
Gössi	1	RL	SZ
Jauslin	2	RL	AG
Lüscher	1	RL	GE
Markwalder	3	RL	BE
Moret	5	RL	VD
Narismod	1	RL	VS

Portmann	1	RL	ZH
Riniker	1	RL	AG
Sauter	1	RL	ZH
Schneeberger	1	RL	BL
Silberschmidt	3	RL	ZH
Vincenz-Stauffacher	1	RL	SG
Vitali	5	RL	LU
Walti	1	RL	ZH
Wasserfallen	2	RL	BE
Wehrli	1	RL	VD
Addor	2	V	VS
Asbi	2	V	BE
Aeschi	2	V	ZG
Amaudruz	2	V	GE
Bircher	2	V	AG
Büchel	2	V	SG
Buffat	2	V	VD
Burgherr	2	V	AG
de Courten	2	V	BL
Detting	2	V	SZ
Egger	2	V	SG
Estemann	2	V	LU
Friedli	2	V	SG
Gafner	2	V	BE
Geissbühler	2	V	BE
Giezendanner	2	V	AG
Glarner	2	V	AG
Glin	2	V	VD
Grüter	2	V	LU
Guggisberg	2	V	BE
Gutjahr	2	V	TG
Haab	2	V	ZH
Heer	2	V	ZH
Heimgartner	2	V	AG
Herzog	2	V	TG
Hess	2	V	BE
Huber	2	V	AG
Hürter	2	V	SH
Imark	2	V	SO
Keller	2	V	NW
Köppel	2	V	ZH
Marchesi	2	V	TI
Marullo-Blocher	2	V	GR
Matter	2	V	ZH
Nicolet	2	V	VD
Nidegger	2	V	GE
Page	2	V	FR
Quadri	2	V	TI
Reimann	2	V	SG
Rösti	2	V	BE

Rüegger	2	V	OW
Ruppen	2	V	VS
Rutz	2	V	ZH
Schläpfer	2	V	ZH
Schwander	2	V	SZ
Sollberger	2	V	BL
Steinemann	2	V	ZH
Strupler	2	V	TG
Tuena	2	V	ZH
Umbrecht Pieren	2	V	BE
Vogl	2	V	ZH
von Siebenthal	2	V	BE
Walliser	2	V	ZH
Wobmann	2	V	SO
Zuberbühler	2	V	AR
Andrey	1	G	FR
Arslan	1	G	BS
Badertscher	1	G	BE
Baumann	1	G	BE
Bréaz	1	G	VD
Brenzikofer	1	G	BL
Clivaz	1	G	VS
de la Rausville	1	G	NE
Egger	1	G	TG
Fivaz	1	G	NE
Girod	1	G	ZH
Glättli	1	G	ZH
Gysin	1	G	TI
Kälin	1	G	AG
Klopfenstein Broggin	1	G	GE
Michaud Gigon	1	G	VD
Pasquier-Eichenberger	1	G	GE
Porchet	1	G	VD
Prelicz-Huber	1	G	ZH
Prezioso Balou	1	G	GE
Pythou	1	G	VD
Ryser	1	G	SG
Rytz	1	G	BE
Schlatter	1	G	ZH
Schneider	1	G	ZH
Töngi	1	G	LU
Trede	1	G	BE
Walder	1	G	GE
Weichelt-Picard	1	G	ZG
Wettstein	1	G	SO
Bäume	2	GL	ZH
Bellaiche	1	GL	ZH
Bertschy	1	GL	BE
Brunner	1	GL	SG
Chevalley	1	GL	VD

Christ	1	GL	BS
Fischer	1	GL	LU
Flach	3	GL	AG
Gredig	1	GL	ZH
Grossen	1	GL	BE
Mäder	1	GL	ZH
Matter	1	GL	GE
Mettler	1	GL	BE
Moser	1	GL	ZH
Pointet	1	GL	VD
Schaffner	1	GL	ZH
Aebischer	1	S	BE
Aldi	1	S	BS
Badran	1	S	ZH
Barile	1	S	ZH
Bendahan	1	S	VD
Biner-Helmo	1	S	LU
Croizat	1	S	VD
Dandré	1	S	GE
Fehrmann Rölle	1	S	GE
Fari	1	S	AG
Fridez	1	S	JU
Friedl	1	S	SG
Furciello	1	S	BE
Graf-Litscher	1	S	TG
Gysi	1	S	SG
Humi	1	S	NE
Jans	1	S	BS
Locher Benquerel	1	S	GR
Maillard	1	S	VD
Mara	1	S	VD
Marti	1	S	ZH
Marti	1	S	BL
Masshardt	1	S	BE
Meyer	1	S	ZH
Molina	1	S	ZH
Munz	1	S	SH
Nordmann	1	S	VD
Nussbaumer	1	S	BL
Piller Canard	1	S	FR
Pult	1	S	GR
Reynard	1	S	VS
Roth	1	S	SO
Schneider Schützel	1	S	FR
Seller Graf	1	S	ZH
Storni	1	S	TI
Suter	1	S	AG
Wasserfallen	1	S	BE
Wermuth	1	S	AG
Widmer	1	S	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
1 = Ja / oui / si	39	14	0	22	23	30	128
2 = Nein / non / no	0	1	55	2	6	0	64
3 = Enth. / abst. / ast.	0	1	0	3	2	0	6
5 = Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0	0	0	2	0	0	2
							200

Mit dem CO₂-Gesetz werden Ölheizungen faktisch verboten ...

Artikel	Thema	Artikel	Status
1	Zweck	«deutlich unter 2 Grad halten, Anstrengungen um 1.5 G zu erreichen»	definitiv
3, Abs. 1	Allgemein: Verminderungsziele	THG bis 2030, 50 % gegenüber 1990 THG 2021 – 2030, Verminderung 35 % gegenüber 1990	definitiv
3, Abs. 2	Allgemein: Verminderungsziele	Massnahmen min. ¾ im Inland (NR) Massnahmen min. 60 % im Inland, 2021 – 2030 min. 25 % im Inland (SR)	Differenz
7a	Grundsatz bei hohen THG-Emissionen (Gaskraftwerke)	Wer neue Anlagen mit hohen THG-Emissionen errichten oder wesentlich ändern will, muss Ausstoss begrenzen, soweit technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar. (SR) Kleine Präzisierungen (NR)	Differenz
8	Gebäude: Grundsatz	Kantone sorgen dafür, dass CO ₂ -Emissionen von Gebäuden aus fossilen Brennstoffen, im Durchschnitt der Jahre 2026 – 2027 um 50 % gegenüber 1990 vermindert werden.	definitiv
9	Folgen bei Zielverfehlung (SR) CO ₂ -Grenzwerte (NR)	Werden die Ziele verfehlt, greift der Bund in die Hoheit der Kantone ein und darf Grenzwerte für Heizungen regelmässig absenken, sodass Öl- und Gasheizungen faktisch verboten werden.	Differenz beim Titel und bei zwei Details (2ter und Abs 4), wesentlicher Inhalt definitiv
10	Zielwerte für die Jahre 2021 – 2024	Neue Personenwagen, max. 95 g CO ₂ /km (2021 – 2024) Neue 3.5 t Wagen, max. 147 g CO ₂ /km (2021 – 2024)	definitiv
10a	Zielwerte ab 2025	Neue Personenwagen, 3.5 t Wagen und schwere Fahrzeuge ab 2021: vermindert um 15 % Neue Personenwagen ab 2030: vermindert um 37.5 % 3.5 t Wagen und schwere Fahrzeuge ab 2030: vermindert um 31 %	Differenz bei einem Detail (5bis), wesentlicher Inhalt definitiv

... Importeure stark reguliert ...

12	Berichterstattung und Vorschläge zu weitergehender Verminderung der CO ₂ -Emissionen	Berichterstattung über Zielerreichung zu Art. 10, 10a und 11 und Zwischenzielerreichung erstmals 2022, anschliessend alle 3 Jahre	definitiv
13	Individuelle Zielvorgabe	Jeder Importeur und Hersteller von Fahrzeugen muss die CO ₂ -Emissionen gemäss einer jährlichen individuellen Zielvorgabe begrenzen.	wesentlicher Inhalt definitiv
14	Berechnung der individuellen Zielvorgabe der durchschnittlichen CO ₂ -Emissionen	Das BfE berechnet für jeden Importeur und Hersteller die individuelle Zielvorgabe und die durchschnittlichen CO ₂ -Emissionen der Neuwagenflotte.	definitiv
16	CO ₂ -vermindernde Faktoren bei Neuwagenflotten durch den Einsatz von synthetischen Treibstoffen	Keine Anrechnung von synthetischen Treibstoffen, die aus Kernenergie hergestellt werden.	definitiv
16a	Ziel-Marktanteile für Fahrzeuge mit tiefen CO ₂ -Emissionen	Der Bundesrat kann für Fahrzeuge mit tiefen CO ₂ -Emissionen Ziel-Marktanteile festlegen, die mindestens gleich hoch sind wie in der EU.	definitiv
17	Ersatzmassnahmen bei Überschreiten der individuellen Zielvorgabe	Überschreiten der Zielvorgaben bei Personenwagen und Lieferwagen: 95 – 152 Franken pro Gramm CO ₂ /km Überschreiten der Zielvorgaben bei schweren Fahrzeugen und Lieferwagen: 4250 – 6800 Franken pro Gramm CO ₂ /km (2025 – 2029) und 6800 – 10880 Franken pro Gramm CO ₂ /km (ab 2030)	definitiv
17a	Publikation	UVEK veröffentlicht jährlich die Liste der Hersteller und Importeure, Zusammensetzung von Emissionsgemeinschaften, die Anzahl der in Verkehr gesetzten Fahrzeuge, die durchschnittlichen CO ₂ -Emissionen, die individuelle Zielvorgabe, die erhobenen Ersatzleistungen	definitiv
17b	UVP-pflichtige Anlagen (Klimaverträglichkeitsprüfung)	Bei Umweltverträglichkeitsprüfungen neu auch eine Klimaverträglichkeitsprüfung machen (SR) streichen (NR)	Differenz
17c	Ersatzleistungen bei Nichterreichen der Klimaneutralität	Emissionsverminderungsmassnahmen nach Art. 5 und allenfalls Verpflichtung, 320 Franken pro Tonne nicht kompensierter THG entrichten (SR) streichen (NR)	Differenz

... der Benzin- und der Heizölpreis um ein Vielfaches erhöht ...

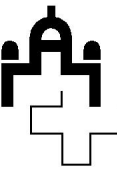
18	Verpflichtung zur Teilnahme: Betreiber von Anlagen	Betreiber von Anlagen können zur Teilnahme am Emissionshandelssystem (EHS) verpflichtet werden. Jährliche Berichterstattung	definitiv
19	Verpflichtung zur Teilnahme: Betreiber von Luftfahrzeugen	Betreiber von Luftfahrzeugen, die in der Schweiz starten und landen sind zur Teilnahme am EHS verpflichtet Jährliche Berichterstattung	definitiv
22	Festlegung der zur Verfügung stehenden Menge der Emissionsrechte	Jährliche Festlegung der Emissionsrechte durch den Bundesrat, zur Verfügung stehende Menge kann angepasst werden	definitiv
27	Kompensation bei fossilen Treibstoffen: Grundsatz	<p>Fossile Treibstoffe müssen mit Bescheinigungen und mit der Beimischung erneuerbarer Treibstoffe (5 %) kompensiert werden:</p> <p>Anteil in der Schweiz zu kompensierenden Massnahmen: 15 % ab sofort, 20 % ab 2025</p> <p>Bundesrat legt mit Branche Verminderungsziele fest</p> <p>Deckelung Aufschlag Benzin und Diesel: 10 Rappen bis 2024 und 12 Rappen ab 2025</p> <p>Treibstoffe für den Eigenbedarf des Bundes sind ausgenommen (SR), sind nicht ausgenommen (NR)</p>	wesentlicher Inhalt definitiv, kleine Differenz bei Abs. 4
29	Ersatzleistungen bei fehlender Kompensation	320 Franken pro Tonne nicht kompensiertes CO ₂ 100 Franken pro Tonne für nicht durch internationale Bescheinigungen kompensiertes CO ₂	definitiv
31	CO ₂ -Abgabe	<p>Neuer Abgabesatz zwischen 96 und 210 Franken pro Tonne CO₂ (heute 96 Franken)</p> <p>Schrittweise Erhöhung durch Bundesrat</p>	definitiv
33	Betreiber mit Verminderungsverpflichtung	<p>Artikel beschreibt, nach welchen Regeln Betreiber mit Verminderungsverpflichtung die CO₂-Abgabe zurückerhalten können.</p> <p>Kleine Differenzen zu Abs. 1 a, b, c, Abs. 4 b bis und d</p>	wesentliche Inhalte definitiv
38c	Flutticketabgabe	<p>Mindestens 30 und höchstens 120 Franken für alle Flüge aus der Schweiz mit Ziel Ausland, ohne Transit</p> <p>Kleine Differenzen zu Abs. 5</p>	wesentliche Inhalte definitiv

... ein «Klimafonds» eingerichtet ...

38e	Abgabemeldung	Kleine Differenzen zu Abs. 1	wesentliche Inhalte definitiv
38g bis	Privatflugabgabe (SR) Abgabe Allgemeine Luftfahrt (NR)	Undefiniertere Lenkungsabgabe (SR) Abgabe ab 5700 kg (NR)	Diverse Differenzen, NR konkreter
38g ter	Abgabepflichtige Personen	Flugplatzhalter bei Version NR weniger in Verantwortung	Diverse Differenzen, NR realer
38g quater	Abgabehöhe	Abgabe 500 Franken (SR) Abgabe mindestens 500, höchstens 5000 Franken (NR)	Differenz
38h	Klimafonds	<p>NR: 1/3 der CO₂-Abgabe, höchstens 450 Mio. Franken, 49 Prozent Flugticketabgabe und Abgabe allgemeine Luftfahrt, 1/1 Ertrag aus Emissionsrechten und Ersatzleistungen, angemessene Reserven bilden und Rückverteilung bei Übersteigen der Reserven</p> <p>SR: Höchstens 1/3 der CO₂-Abgabe, höchstens 450 Mio. Franken, die Hälfte der Flugticketabgabe und Abgabe allgemeine Luftfahrt, 1/1 Ertrag aus Emissionsrechten und Ersatzleistungen</p>	Diverse Differenzen
38i	Rechnung des Fonds, Entnahmen und Finanzplanung	<p>Bundesversammlung legt mit einfachem Beschluss die Vierteljahresplanung fest, gemäss derer die Mittel aus dem Fonds verwenden (NR)</p> <p>Artikel fehlt noch (SR)</p>	Differenz
39	Verminderung der CO ₂ -Emissionen von Gebäuden	<p>60 Mio. pro Jahr für kantonale, kommunale und überkommunale räumliche Energiequellen, Projekte zur direkten Nutzung der Geothermie für die Wärmebereitstellung, Ersatz fossiler Heizungen und ortsfester Widerstandsheizungen durch eine Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien, Absicherungen von Risiken von Investitionen in den Neubau und Ausbau thermischer Netze und der dazugehörigen Wärmeerzeugungsanlage, die mit erneuerbaren Energien gespeist werden, Absicherung von langfristigen Risiken von Investitionen in die klimaverträgliche Modernisierung von Gebäuden, Installationen von Ladinfrakturen in Mehrparteiengebäuden, Anlagen zur Produktion und Einspeisung erneuerbarer Gase in das schweizerische Gasnetz</p> <p>Beiträge werden nur an Kantone ausgerichtet, die über Programme zur Förderung von Ersatzneubauten, energetischer Gebäudehüllen- oder Gesamtsanierungen haben.</p>	wesentlicher Inhalt definitiv

... und wird ganz grundsätzlich massiv umverteilt

40	Förderung von Technologien zur Verminderung von Treibhausgasen	Höchstens 25 Mio. für die Finanzierung von Bürgschaften an Unternehmen, wenn diese damit Anlagen und Verfahren entwickeln und vermarkten, die Treibhausgasemissionen vermindern, den Einsatz der erneuerbaren Energien ermöglichen oder den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern.	wesentlicher Inhalt definitiv
40a	Weitere Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen	<p>Verwendung für die Verminderung der Klimawirkung des Luftverkehrs, Förderung der Beimischung von erneuerbarem Flugtreibstoff, höchstens 80 % der Mehrkosten sind anrechenbar (nur NR)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Max. 100 Mio. pro Jahr, so lange der Preis mehr als das Vierfache – jedoch maximal das Sechsfache – des fossilen Flugtreibstoffs beträgt • Max. 200 Mio. pro Jahr, so lange der Preis mehr als das Dreifache des fossilen Flugtreibstoffs beträgt • Max. 300 Mio. pro Jahr, so lange der Preis mehr als das Doppelte des fossilen Flugtreibstoffs beträgt <p>Höchstens 25 Mio. Franken aus Klimafonds für Kantone, Gemeinden oder deren Plattformen für Projekte, die die Verminderung von Treibhausgasemissionen erfolgen (NR und SR)</p> <p>Höchstens 30 Mio. Franken für grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr (nur NR)</p>	Differenz
41	Verteilung an Bevölkerung und Wirtschaft	<p>Anteil Bevölkerung gleichmässig über alle natürlichen Personen</p> <p>Anteil Wirtschaft über AHV-Ausgleichskassen</p>	definitiv
47a	Überprüfung der klimabedingten finanziellen Risiken	<p>FINMA überprüft regelmässig die institutionenbezogenen klimabedingten finanziellen Risiken.</p> <p>SNB überprüft regelmässig die makroprudenziellen klimabedingten finanziellen Risiken</p> <p>Beide erstellen öffentlichen Bericht über Ergebnisse</p>	wesentliche Inhalte definitiv
Art. 52 – 59f	Strafbestimmungen	Diverse kleine Differenzen	wesentliche Inhalte definitiv



Bundesrat Parmelin fand mit der vorgeschlagenen Abschaffung der Industriezölle keine Mehrheit im Nationalrat

Worum es geht

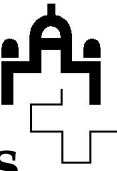
- Die Zölle auf Industrieprodukten sind heute mit durchschnittlich 1,8 Prozent gemessen am Produktwert bereits generell tief. Für einige Produkte, beispielsweise Textilien und Bekleidung, sind die Zölle jedoch deutlich höher. Während die Zölle auf Industrieprodukten früher die einheimische Industrie vor ausländischer Konkurrenz schützen sollten, verteuern sie heute die Beschaffung von Vormaterialien aus dem Ausland und belasten die Konsumentinnen und Konsumenten.
- Die Vorlage sieht vor, die Zölle für sämtliche Industrieprodukte im Generaltarif in Anhang 1 des Zolltarifgesetzes per 1. Januar 2022 auf null zu setzen. Der Begriff der Industrieprodukte erfasst für diese Vorlage alle Güter mit Ausnahme der Agrarprodukte (inkl. Futtermittel) und der Fischereierzeugnisse. Neben der Aufhebung der Zölle soll mit der Vorlage auch die Zolltarifstruktur für Industrieprodukte vereinfacht werden.

Position der SVP

- Aus Sicht der SVP wäre die unilaterale Aufgabe der Industriezölle seitens der Schweiz eine unnötige Preisgabe eines wichtigen Verhandlungspfands. Importzölle mögen zwar an Wichtigkeit in Freihandelsabkommen zu Gunsten von technischen Handelshemmnissen eingebüsst haben; sie bleiben jedoch ein Trumpf jedes Verhandlungsführers.

Ergebnis in den Räten

- Mit der Abschaffung der Industriezölle wollte der Bundesrat etwas gegen die Hochpreisinsel Schweiz unternehmen und die Wirtschaft entlasten. Der Nationalrat lehnt das aber ab. Für die Mehrheit überwogen die Nachteile. Die SVP war gespalten: Die Befürworter der Abschaffung sprachen von einer wichtigen Entlastung der Wirtschaft in Krisenzeiten, für die Gegner würden mit der einseitigen Abschaffung der Zölle wichtige Trümpfe bei der Aushandlung neuer Freihandelsverträge aus der Hand gegeben.



In letzter Minute hat die CVP gedreht und damit verhindert, dass wieder mehr junge Männer und Frauen Militärdienst leisten

Worum es geht

- Indem der Zivildienst mit verschiedenen Massnahmen weniger attraktiv gemacht wird, sollen die Armeebestände gesichert werden. Denn seit der Abschaffung der Gewissensprüfung hat sich die Zahl der "Abschleicher" aus der Armee vervielfacht.
- So wurde eine längere Dienstzeit (anderthalb mal so lange wie der Militärdienst, mindestens 150 Dienstage), eine Wartefrist von zwölf Monaten für den Wechsel von der Armee in den Zivildienst, sowie eine jährliche Einsatzpflcht vorgeschlagen.

Position der SVP

- Die SVP unterstützt die Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG), weil sie endlich das Problem der zu hohen Abgänge in den Zivildienst angeht. Die vorgesehenen Massnahmen müssen vor allem die offensichtlich kaum je aus Gewissensgründen erfolgenden Abgänge bei den bereits ausgebildeten Soldaten und den Kaderanwärtern in den Zivildienst unterbinden helfen. So wird auch der Zivildienst wieder seiner angedachten und gesellschaftlich breit akzeptierten Rolle gerecht.

Ergebnis in den Räten

- Jedes Jahr schleichen tausende Rekruten, Soldaten und Kader der Schweizer Armee aus Bequemlichkeit in den Zivildienst ab. Darum wollte der Bundesrat die Hürden für den Zivildienst erhöhen. Doch in der Schlussabstimmung lehnte der nach links gerückte Nationalrat mit Unterstützung der GLP die Gesetzesänderung überraschend ab. Damit gefährdet er die personellen Bestände der Schweizer Armee (bald könnten 30'000 Soldaten fehlen!), die während der COVID-19-Krise ihre Notwendigkeit unter Beweis stellen konnte, und lässt die Wehrpflicht zu einem Witz verkommen.

5 Verschärfung des Zivildienstgesetzes

In einer scharfen Medienmitteilung kritisierte die SVP das Wischi-Waschi-Verhalten der CVP



Medienmitteilung

SVP Schweiz, 19. Juni 2020

Teilen: [f](#) [t](#)

Die CVP gefährdet die Sicherheit der Schweiz

Dass immer mehr Dienstpflichtige in den Zivildienst wechseln führt zu sinkenden Armeebeständen und damit zu einer Schwächung unserer Landesverteidigung. Eine Revision des Zivildienstgesetzes hätte dieser Entwicklung entgegengewirkt. Eine völlig verantwortungslose CVP hat dies nun aber gemeinsam mit links-grün verhindert.

Die Zahl der Zivildienstleistenden ist in den letzten elf Jahren derart gestiegen, dass die Armeebestände akut gefährdet sind. Problematisch

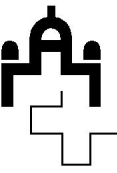
Binder-Keller	2	M-CEB	AG
Bregy	1	M-CEB	VS
Bulliard-Marbach	2	M-CEB	FR
Candinas	1	M-CEB	GR
Glanzmann-Hunkeler	1	M-CEB	LU
Gmür	1	M-CEB	SZ
Gschwind	3	M-CEB	JU
Gugger	2	M-CEB	ZH
Hess	2	M-CEB	BE
Humbel	2	M-CEB	AG
Kamerzin	1	M-CEB	VS
Kutter	1	M-CEB	ZH
Landolt	2	M-CEB	GL
Lohr	2	M-CEB	TG
Maitre	1	M-CEB	GE
Müller	1	M-CEB	LU
Müller-Altematt	2	M-CEB	SO
Paganini	1	M-CEB	SG
Pfister	2	M-CEB	ZG
Reichsteiner	1	M-CEB	AI
Regazzi	2	M-CEB	TI
Ritter	1	M-CEB	SG
Roduit	2	M-CEB	VS
Romano	1	M-CEB	TI
Roth Pasquier	2	M-CEB	FR
Schneider-Schneiter	2	M-CEB	BL
Siegenthaler	2	M-CEB	BE
Stadler	2	M-CEB	UR
Streiff-Feller	2	M-CEB	BE
Studer	2	M-CEB	AG
Wismer-Feiler	2	M-CEB	LU
Borloz	1	RL	VD
Bourgeois	1	RL	FR
Caflaneo	1	RL	TI
Cottier	1	RL	NE
de Montmolin	1	RL	GE
de Quattro	1	RL	VD
Dobler	1	RL	SG
Eymann	3	RL	BS
Farinelli	1	RL	TI
Feller	1	RL	VD
Fiala	1	RL	ZH
Fluri	1	RL	SO
Giacometti	3	RL	GR
Gössi	1	RL	SZ
Jauslin	1	RL	AG
Lüscher	1	RL	GE
Markwalder	3	RL	BE
Moret	5	RL	VD
Nantermod	1	RL	VS

Portmann	1	RL	ZH
Rinkler	1	RL	AG
Sauter	1	RL	ZH
Schneberger	1	RL	BL
Silberschmidt	3	RL	ZH
Vincenz-Stauffacher	1	RL	SG
Vitali	5	RL	LU
Walti	1	RL	ZH
Wasserfallen	1	RL	BE
Wehrli	1	RL	VD
Addor	1	V	VS
Aebi	1	V	BE
Aeschi	1	V	ZG
Amaudruz	1	V	GE
Bircher	1	V	AG
Büchel	1	V	SG
Buffat	1	V	VD
Burgherr	1	V	AG
de Courten	1	V	BL
Detting	1	V	SZ
Egger	1	V	SG
Estermann	1	V	LU
Friedli	1	V	SG
Gahner	1	V	BE
Geissbühler	1	V	BE
Giezendanner	1	V	AG
Giamer	1	V	AG
Grin	1	V	VD
Grüter	1	V	LU
Guggisberg	1	V	BE
Gutjahr	1	V	TG
Haab	1	V	ZH
Heer	1	V	ZH
Heimgartner	1	V	AG
Herzog	1	V	TG
Hess	1	V	BE
Huber	1	V	AG
Hurter	1	V	SH
Imark	1	V	SO
Keller	1	V	NW
Köppel	1	V	ZH
Marchesi	1	V	TI
Martullo-Blocher	1	V	GR
Matter	1	V	ZH
Nicolet	1	V	VD
Nidegger	1	V	GE
Page	1	V	FR
Quadri	1	V	TI
Reimann	1	V	SG
Rösti	1	V	BE

Rüegger	1	V	OW
Ruppen	1	V	VS
Rutz	1	V	ZH
Schläpfer	1	V	ZH
Schwander	1	V	SZ
Sollberger	1	V	BL
Steinemann	1	V	ZH
Strupler	1	V	TG
Tuena	1	V	ZH
Umbrecht Pieren	1	V	BE
Vogt	1	V	ZH
von Sieenthal	1	V	BE
Walliser	1	V	ZH
Wobmann	1	V	SO
Zuberbühler	1	V	AR
Andrey	2	G	FR
Arslan	2	G	BS
Badertscher	2	G	BE
Baumann	2	G	BE
Bréaz	2	G	VD
Brenzikofer	2	G	BL
Clivaz	2	G	VS
de la Reussille	2	G	NE
Egger	2	G	TG
Fivaz	2	G	NE
Girod	2	G	ZH
Gütl	2	G	ZH
Gysin	2	G	TI
Kälin	2	G	AG
Klopfenstein Broggini	2	G	GE
Michaud Gigon	2	G	VD
Pasquier-Eichenberger	2	G	GE
Porchet	2	G	VD
Prelicz-Huber	2	G	ZH
Prezioso Batou	2	G	GE
Python	2	G	VD
Ryser	2	G	SG
Rytz	2	G	BE
Schlatter	2	G	ZH
Schneider	2	G	ZH
Töngi	2	G	LU
Trede	2	G	BE
Waldler	2	G	GE
Weichelt-Picard	2	G	ZG
Wetstein	2	G	SO
Bäume	2	GL	ZH
Bellaiche	2	GL	ZH
Bertschy	2	GL	BE
Brunner	2	GL	SG
Chevalley	2	GL	VD

Christ	2	GL	BS
Fischer	2	GL	LU
Flach	2	GL	AG
Gredig	2	GL	ZH
Grossen	2	GL	BE
Mäder	2	GL	ZH
Matter	2	GL	GE
Mettler	2	GL	BE
Moser	2	GL	ZH
Pointet	2	GL	VD
Schaffner	2	GL	ZH
Aebischer	2	S	BE
Alci	2	S	BS
Badran	2	S	ZH
Barile	2	S	ZH
Bendahan	2	S	VD
Birrer-Heimo	2	S	LU
Crotaz	2	S	VD
Dandré	2	S	GE
Fehlmann Rietle	2	S	GE
Feri	2	S	AG
Fridez	2	S	JU
Friedli	2	S	SG
Funicello	2	S	BE
Graf-Litscher	2	S	TG
Gysi	2	S	SG
Humi	2	S	NE
Jans	2	S	BS
Locher Benguerel	2	S	GR
Mailard	2	S	VD
Mara	2	S	VD
Marti	2	S	ZH
Marti	2	S	BL
Masshardt	2	S	BE
Meyer	2	S	ZH
Molina	2	S	ZH
Munz	2	S	SH
Nordmann	2	S	VD
Nussbaumer	2	S	BL
Piller Carrard	2	S	FR
Puit	2	S	GR
Reynard	2	S	VS
Roth	2	S	SO
Schneider Schüttel	2	S	FR
Seiler Graf	2	S	ZH
Storni	2	S	TI
Suter	2	S	AG
Wasserfallen	2	S	BE
Wermuth	2	S	AG
Widmer	2	S	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
1 = Ja / oui / si	0	0	55	23	12	0	90
2 = Nein / non / no	39	16	0	0	18	30	103
3 = Enth. / abst. / ast.	0	0	0	4	1	0	5
5 = Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0	0	0	2	0	0	2



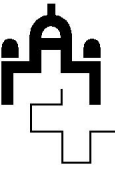
Die Konzernverantwortungsinitiative beinhaltet extreme Haftungsbestimmungen und eine Beweislastumkehr

Worum es geht

- Die Initiative verlangt vom Bund, gesetzliche Massnahmen zu treffen, welche Unternehmen zu einer umfassenden risikobasierten Sorgfaltsprüfung im Hinblick auf die Einhaltung international anerkannter Menschenrechte und Umweltstandards verpflichten.
- Diese Pflicht soll auch in Bezug auf die von Schweizer Unternehmen kontrollierten Unternehmen im Ausland und auf sämtliche Geschäftsbeziehungen der Unternehmen gelten.
- Sofern den Unternehmen der Sorgfaltsnachweis nicht gelingt, müssen sie gemäss Initiative auch für Schäden haften, die von den durch sie kontrollierten Unternehmen im Ausland aufgrund der Verletzung von international anerkannten Menschenrechten und internationalen Umweltstandards verursacht werden. Im Bereich Menschenrechte will die Initiative in der Schweiz unter anderem Elemente der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNO-Leitprinzipien) aus dem Jahr 2011 rechtlich verbindlich umsetzen.

Position der SVP

- Die SVP lehnt die extreme Konzernverantwortungsinitiative ab. Mit der Initiative haften Schweizer Unternehmen für die Verletzung von Menschenrechten und Umweltstandards, selbst wenn sie kein Verschulden trifft. Die verlangte Haftung ist extrem. Schweizer Unternehmen haften auch für abhängige Firmen aus ihrer Lieferkette. Dabei gilt die Beweislastumkehr: Die Unternehmen müssen die ständige Überprüfung aller Abläufe nachweisen, sonst haften sie unabhängig von ihrem Verschulden. Die Konsequenzen sind klar: Schweizer Unternehmen werden mit erpresserischen Klagen überhäuft. Selbst wenn Klagen völlig unbegründet sind, verursachen sie hohe Kosten.



Der indirekte Gegenvorschlag nimmt international anerkannte Bestimmungen auf

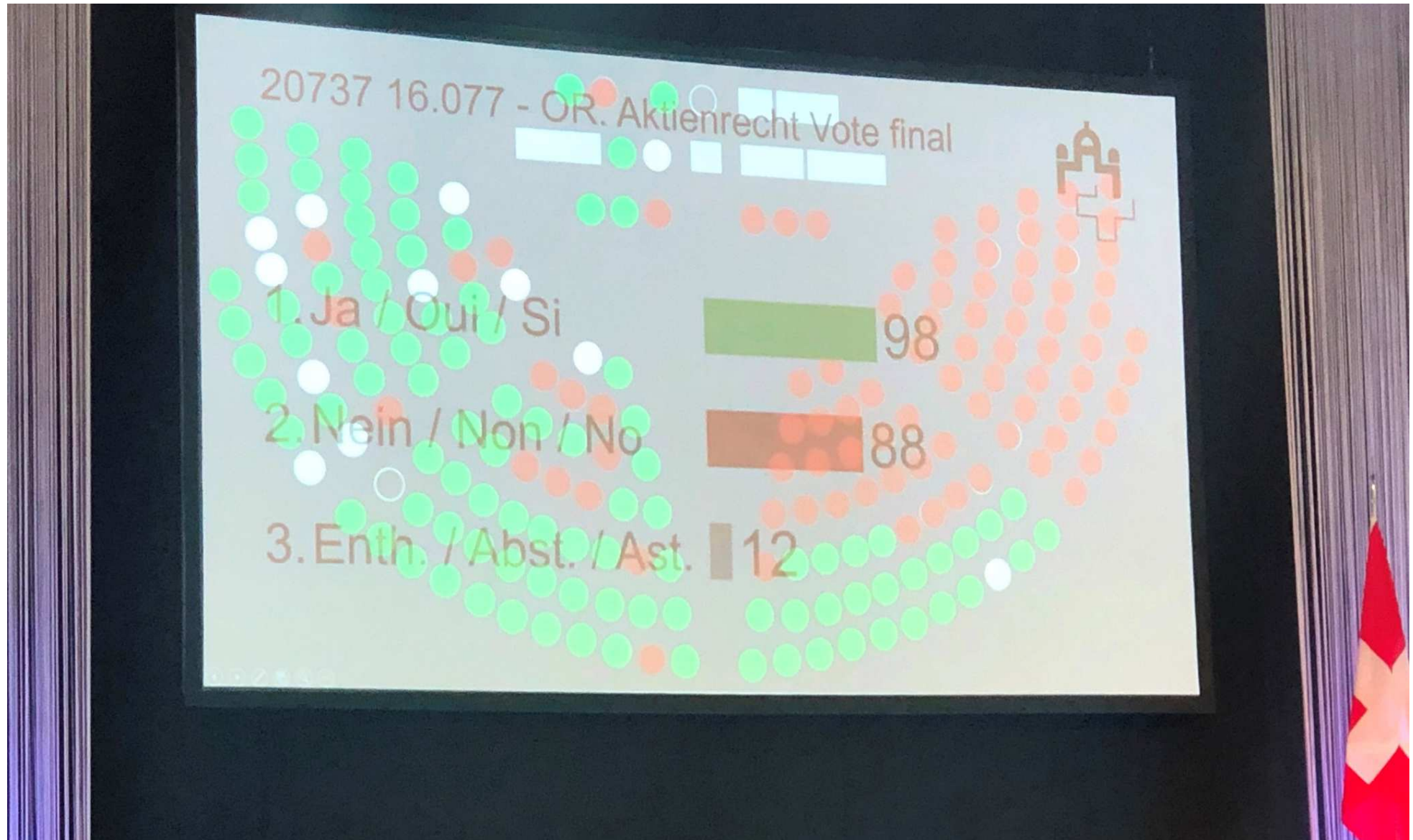
Ständerätlicher Gegenvorschlag

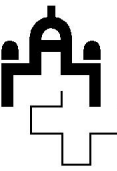
- Der Gegenvorschlag «Version Ständerat» beinhaltet grösstenteils Bestimmungen, welche international von vielen Staaten und Territorien wie UK, EU, Australien, USA und selbst China in den letzten Jahren implementiert worden oder derzeit in Planung sind.
- Er schafft über die neuen Offenlegungs- und Transparenzpflichten sowie die Einführung spezifischer Sorgfaltpflichten zu Kinderarbeit und Konfliktmineralien die Basis für eine sachgerechte Regulierung:
 - Einführung einer Berichterstattungspflicht über nichtfinanzielle Belange in den Bereichen Umwelt, Sozialbelange, Arbeitnehmerbelange, Menschenrechte und Korruption für Publikumsgesellschaften/Banken/Versicherungen mit konzernweit > 500 Mitarbeiter + CHF 20 Mio. Umsatzerlös / CHF 40 Mio. Bilanzsumme
 - Spezifische Sorgfaltsprüfungspflichten im Bereich der Konfliktmineralien (für Unternehmen ab bestimmter Einfuhr-, bzw. Bearbeitungsmenge) sowie für den Aspekt der Kinderarbeit
 - Der Vorschlag führt gemäss Bundesamt für Justiz (BJ) zu keinen neuen Haftungsfolgen für die Verletzung der Sorgfaltsprüfungspflicht. Er setzt auf neue strafrechtliche Sanktionen: bei Verletzung der Berichtspflicht droht Busse von max. CHF 100'000 (Art. 325ter E-StGB).

Ergebnis in den Räten

- Bundesrat, Ständerat und Nationalrat empfehlen die extreme Konzernverantwortungs-Initiative zur Ablehnung. Das Parlament hat jedoch dem Gegenvorschlag «Version Ständerat» zugestimmt. Die SVP stimmte am Ende zähneknirschend für den indirekten Gegenvorschlag, da der Volksinitiative gute Chancen zugestanden werden, deren Annahme aber verheerend für den Wirtschaftsstandort Schweiz wäre.

SVP unterstützte mehrheitlich den ständerätlichen Gegenvorschlag





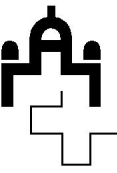
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/8): Wirtschafts- und Finanzpolitik

**Sündenfall:
Parlament mischt
sich in private
Mietverträge ein
(20.3451, 20.3460)**

**Weitere 15
Milliarden für
Corona-Krise
(20.042)**

**Bundesanteil der
"Ausschüttung"
der SNB für den
Abbau der
Corona-Schulden
einsetzen
(20.3450)**

- Die COVID-19-Pandemie bringt viele Unternehmen in enorme Schwierigkeiten. Während die Kurzarbeitsentschädigung die Löhne der Angestellten übernimmt, wäre bei den Geschäftsmieten eine Einigung zwischen Vermieter und Mieter notwendig. Eine solche Einigung liegt in beidseitigem Interesse. Dennoch mischte sich das Parlament gegen den Willen der SVP in die privaten Mietverträge ein. So sollen geschäftliche Mieter, die wegen der Corona-Massnahmen schliessen mussten, nur noch 40% der Mieten bezahlen müssen. Links-Grün und der CVP war es egal, dass diese Massnahme gegen die in der Verfassung verbrieft Eigentumsgarantie verstösst.
- Nachdem das Parlament in der ausserordentlichen Session im Mai bereits über 55 Milliarden Franken bewilligte zur Bewältigung der Corona-Krise, bewilligte es nun nochmals 15 Milliarden Franken. Neben einem Kredit für die Arbeitslosenversicherung wird auch der Profisport unterstützt und die Auslandhilfe weiter aufgestockt. Nur die SVP wehrte sich gegen die fahr-lässigen Auslandzahlungen in dieser unsicheren Zeit.
- Die Nationalrat will den Bundesrat beauftragen, den Anteil des Bundes an der ordentlichen Ausschüttung und an den zusätzlichen Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank, SNB vollumfänglich zum Abbau der Schulden zu verwenden, die durch die Coronakrise entstehen. Angesichts des zu erwartenden ausserordentlich hohen Haushaltsdefizits ist der Nationalrat der Meinung, dass die Bundesschulden wieder auf den Stand vor der Corona-Krise gebracht werden sollen. In der ausserordentlichen Session hatte Finanzminister Ueli Maurer von einem Defizit von bis zu 50 Mrd. Fr. im laufenden Jahr gewarnt. Auch er hatte sich für die Aufrechterhaltung der Schuldenbremse ausgesprochen.



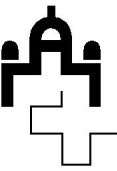
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/8): Staatspolitik

**Ständerat
begräbt
Verordnungsveto
(14.422)**

**Politischer
Kuhhandel bleibt
(18.436)**

**Sonderprivilegien
für
Parlamentarier
(16.460)**

- Mit dem Erlass von Verordnungen setzt der Bundesrat Gesetze um und präzisiert diese. Wenn er dabei seinen Entscheidungsspielraum überschreitet, hat das Parlament als Gesetzgeber heute kein griffiges Instrument, um Verordnungen des Bundesrates zu korrigieren. National- und Ständerat sind sich uneins, ob das Parlament – wie von der SVP vorgeschlagen – nun ein Vetorecht erhalten soll. Der Ständerat versteckt sich hinter der Ausrede, es sei zu kompliziert und hat nun die Vorlage definitiv abgelehnt.
- Volksinitiativen müssen das sogenannte Kriterium der «Einheit der Materie» erfüllen. Das heisst so viel, als dass eine Vorlage nur ein eng abgegrenztes Thema umfassen darf, damit die Stimmbürger entweder klar Ja oder Nein sagen können. Der Ständerat lehnte nun aber einen Vorstoss aus der SVP ab, der wollte, dass auch das Parlament sich bei seinen Vorlagen daranhalten muss. Und so wird das Parlament auch künftig einen Kuhhandel schliessen und sachfremde Themen miteinander verknüpfen dürfen, wie es das bei der Verknüpfung von Unternehmenssteuern mit der AHV getan hatte.
- Wahltag ist Zahltag. Wird ein Parlamentarier abgewählt, hat er wie bei einer Kündigung ein Anrecht auf Arbeitslosengeld. Doch daneben gibt es heute noch eine zusätzliche Überbrückungshilfe. Diese können abgewählte und sogar zurückgetretene Parlamentarier beantragen. Eine Initiative aus der SVP wollte dieses Zusatzprivileg abschaffen, da in einem Milizparlament sowieso jeder Parlamentarier noch einem Haupterwerb nachgehen sollte. Nachdem der Nationalrat der Abschaffung zugestimmt hatte, wollen die Ständeräte aber nichts davon wissen. Lediglich die SVP-Vertreter stimmten für die Abschaffung.



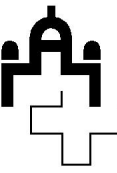
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/8): Sicherheitspolitik

**Unendliche
Geschichte:
Kosovo-Einsatz
der Armee erneut
verlängert
(19.082)**

**Angriff gegen
Industriestandort
Schweiz
abgewehrt
(19.038)**

**Schweizer
Munitionsfabrik
wird verschербelt
(19.4468)**

- Die Swisscoy bleibt mindestens bis Ende 2023 im Kosovo. National- und Ständerat haben der Verlängerung und auch der vom Bundesrat beantragten Erhöhung des Bestandes von zurzeit 165 auf 195 Armeeangehörige zugestimmt. Die SVP argumentierte vergeblich, der Swisscoy-Einsatz dürfe nicht zu einem Dauerauftrag werden und müsse nach zwanzig Jahren beendet werden. Und obwohl Aufgaben aus den Bereichen Unterhalt oder Gastronomie an lokale Fachleute vergeben werden könnten, lehnten beide Räte den SVP-Antrag für die Belassung der Obergrenze bei 165 Soldaten ab.
- Die linke Initiative will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten. Konkret dürften die Nationalbank (SNB) oder Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge Unternehmen nicht mehr finanzieren dürfen, wenn diese mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Nach dem Nationalrat entschied auch der Ständerat, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Auch einen indirekten Gegenvorschlag will der Ständerat nicht.
- Die Corona-Krise zeigte, wie schnell die weltweiten Lieferketten zusammenbrechen können. Dies träfe bei einer handfesten Krise ganz besonders auf die Versorgung der Sicherheitskräfte mit Munition zu. Nicht umsonst unterhielt die Schweiz mit der RUAG bundeseigene Munitionsfabriken. Nun will der Bund die Ruag Ammotec aber verkaufen und riskiert nicht nur wichtige Arbeitsplätze in der Schweiz zu verlieren, sondern er setzt auch die Versorgungssicherheit der Schweiz mit Munition aufs Spiel. Dennoch lehnte der Ständerat einen Vorstoss aus der SVP ab, der diesen Verkauf unterbinden wollte.

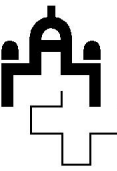


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/8): Sicherheitspolitik

**Nationalrat
ergreift
Massnahmen
gegen
Terrorismus
(18.071, 19.032)**

**Verschärfte
Einreiseregeln im
Schengen-Raum
(20.027)**

- Zur Bekämpfung des Terrorismus hat der Bundesrat dem Parlament zwei Gesetzesvorlagen vorgelegt.
- Neu werden das Anwerben, die Ausbildung und Reisen im Hinblick auf einen Terrorakt unter Strafe gestellt. Die Beteiligung an einer terroristischen Organisation wird auf die gleiche Stufe gestellt wie die Beteiligung an einer kriminellen Organisation, die Höchststrafe beträgt in beiden Fällen zehn Jahre.
- Anders als die Verschärfung des Strafrechts zielen die präventiven polizeilichen Massnahmen auf sogenannte Gefährder. Als Gefährder gelten Personen, wenn aufgrund konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie eine terroristische Aktivität ausüben werden. Wenn therapeutische oder integrative Massnahmen nicht anschlagen, soll das Bundesamt für Polizei (Fedpol) gegen sie eine Melde- oder Gesprächsteilnahmepflicht, Kontaktverbote, Rayonverbote, Hausarrest oder Ausreiseverbote verhängen dürfen. Die SVP wollte zusätzlich eine Präventivhaft beantragen. In der öffentlichen Behandlung versagte die FDP allerdings die Unterstützung wegen Zweifel an der Vereinbarkeit mit der EMRK, die offenbar wichtiger scheint, als die Verhinderung grauenhafter Terroranschläge in der Schweiz.
- Die EU erweitert die Möglichkeiten für präventive Kontrollen bei der Einreise in den Schengen-Raum, zu dem auch die Schweiz gehört. Der Ständerat hat nun der Schaffung des Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystems (Etias) zugestimmt. Damit müssen Staatsbürger von Drittstaaten, die kein Visum benötigen, sich künftig auf einer Internetseite registrieren, bevor sie in die Schweiz oder den Schengen-Raum reisen. Das ist vergleichbar mit der Registrierung, wenn Schweizer in die USA reisen wollen.



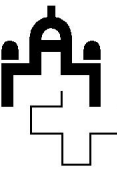
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/8): Rechtsfragen

**Frauenquoten
nun definitiv
verabschiedet
(16.077)**

**Keine
schikanöse,
automatische
Überwachung
von Autofahrern
(17.3893)**

**Bauern werden
bei Enteignungen
besser
entschädigt
(18.057)**

- Die Änderung des Aktienrechts, das Geschlechterrichtwerte für Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte von börsenkotierten Unternehmen bringt, wurde von beiden Räten angenommen. Seit Monaten setzten sich National- und Ständeräte mit technischen Bestimmungen auseinander, nachdem die Frauenquoten bereits vor zwei Jahren trotz bürgerlicher Mehrheiten angenommen worden war. In der Schlussabstimmung hielt nur noch die SVP dagegen.
- Der Ständerat schickte mit Unterstützung der SVP einen Vorstoss aus der BDP bachab, der einen automatisierten Abgleich der Kontrollschilder mit der Datenbank der Führerausweisentzüge ermöglicht hätte. Aber das Fahrzeug allein erlaubt noch keinen Rückschluss auf die Lenkerin oder den Lenker. Gerade innerhalb von Familien und mit der Zunahme von Carsharing-Modellen, bei denen die Halterin oder der Halter des Fahrzeugs und die FahrerIn nicht übereinstimmen, würde dies zu vielen Fehlalarmen und vergeblichem Ausrücken der Polizeikräfte führen.
- Besitzer von landwirtschaftlichem Kulturland sollen bei der Enteignung ihres Landes künftig das Dreifache des geschätzten Höchstwerts erhalten. Damit soll ein entstehender Schaden abgegolten werden.
- Einzelne SVP-Nationalräte lehnten die Vorlage ab, da das Grundeigentum zunehmend durch staatliche Eingriffe in der Nutzung eingeschränkt wird, was die Eigentümer weitgehend entschädigungslos hinnehmen müssen. Dadurch wird die Eigentumsgarantie ausgehöhlt und gegen das Gleichbehandlungsgebot verstossen.
- Trotz dieser Bedenken wurde die Gesetzesänderung von beiden Räten angenommen.



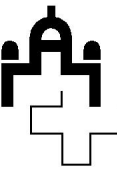
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/8): Rechtsfragen

Arbeitsverweigerung: Ständerat will Mietnomaden weiter schützen (16.405)

Heute noch ein Mann, morgen bereits eine Frau (19.081)

Ständerat verschärft Strafrecht (18.043)

- Je nach Kanton führt teilweise noch immer jede Gemeinde ein eigenes, separat geführtes Betreibungsregister. In der heutigen Zeit, in der die Menschen viel mehr umziehen, sind daher Betreibungsregisterauszüge oft nicht mehr viel wert. Zu spüren bekommen das insbesondere Vermieter von Wohnliegenschaften, die dann auf den ausstehenden Mieten und oft noch Gerümpel von Mietnomaden sitzen bleiben. Nachdem der Nationalrat 2019 einer Vernetzung der Betreibungsregister zugestimmt hatte, lehnt dies der Ständerat trotz Intervention der SVP ab, mit der lapidaren Begründung, eine Vernetzung sei zu komplex.
- Unglaublich, aber wahr: Wer künftig sein Geschlecht wechseln will, kann dies einfach auf dem Zivilstandsamt melden. Operative Eingriffe oder Hormontherapien – also eine effektive Geschlechtsumwandlung – sollen nicht mehr notwendig sein, wenn es nach dem Ständerat geht. Die Befürchtungen der SVP in den Bereichen Rentenalter, Wehpflicht und Spitzensport wurden einfach nicht beachtet. Und so waren es am Ende leider auch nur die SVP-Ständeräte, die diesen Irrsinn ablehnten.
- Der jahrelange Druck der SVP auf die Kuscheljustiz zeigt endlich Wirkung: Der Ständerat will die Strafen für gewisse Delikte verschärfen. Im Visier hat er insbesondere Randalierer, die bei Ausschreitungen Polizisten, Sanität oder Feuerwehr angreifen. Geldstrafen sollen nur noch in leichten Fällen möglich sein, in der Regel muss eine Freiheitsstrafe ausgesprochen werden. Eine weitere Änderung des Strafrechts betrifft die schwere Körperverletzung. Die Mindeststrafe wird von sechs Monaten auf ein Jahr Freiheitsstrafe angehoben. Insgesamt sollen weniger bedingte Strafen ausgesprochen werden.



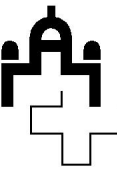
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/8): Sozial-, Gesundheits- und Ausländerpolitik

**Weg frei für
COVID-Tracing
App (20.040)**

**Nationalrat
genehmigt Quasi-
Legalisierung
von Cannabis
(19.021)**

**Direktimport von
Migranten
(20.3143)**

- Um eine zweite Corona-Welle bzw. einen erneuten Lockdown zu verhindern, ist es notwendig, die Infektionsketten nachverfolgen zu können. Dies wird einerseits mittels manueller Nachverfolgung in den Kantonen sichergestellt. Zudem hat das Parlament nun die gesetzliche Grundlage verabschiedet, damit der Bund die App für Mobiltelefone vorantreiben darf. Die Daten sind anonymisiert, verlassen das Mobiltelefon des Benutzers nicht und die Nutzung muss in jedem Fall freiwillig bleiben.
- Der Nationalrat hat die Details für sogenannte Studien zur kontrollierten Cannabis-Abgabe genehmigt, nichts anderes als eine Quasi-Legalisierung. Anträge der SVP für höhere Hürden fielen dabei durch. So ist der Nationalrat dagegen, dass Arbeitgeber und Schulen über eine Studienteilnahme informiert werden müssen.
- Die Corona-Krise hatte einen positiven Nebeneffekt: Die Schweizer Landesgrenzen wurden endlich wieder kontrolliert und Asylbewerber, die sich in einem sicheren Nachbarland befanden, wurden an der Grenze abgewiesen. Doch nun will Mitte-Links die Migranten einfach direkt in die Schweiz einfliegen. Und so genehmigte der Nationalrat gegen den Willen der SVP eine Motion, welche die Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Flüchtlingslagern fordert. Mit dem Geld, was diese Personen unseren Staat kosten werden, hätte vor Ort viel mehr Menschen geholfen und der Zustand der Flüchtlingslager verbessert werden können.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/8): Bildungs-, Verkehrs- und Medienpolitik

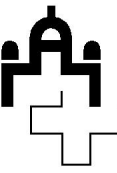
**28 Milliarden für
Bildung und
Forschung
(20.028)**

**Hunderte von
Millionen für
Medienförderung
(20.038)**

**Mehr Geld für die
Verlagerung auf
die Schiene
(19.064)**

- Über 28 Milliarden Franken will der Ständerat in den nächsten vier Jahren für Bildung und Forschung bereitstellen, 188 Millionen Franken mehr als der Bundesrat. Die SVP beantragte vergeblich, angesichts der Corona-Krise auf die Erhöhung des Kredits zu verzichten. Die anderen Parteien glauben offenbar noch immer an die Devise: Je mehr, je besser.
- Die Corona-Krise wird zum Anlass genommen, neue Kässeli zu öffnen, die vor Jahren noch undenkbar gewesen wären und über keine Verfassungsgrundlage verfügen. Die Medienbranche darf darum auf mehr staatliche Gelder hoffen. Der Ständerat hat ein Massnahmenpaket in Höhe von jährlich 150 Millionen Franken verabschiedet. Die Zeitungsverleger profitieren. Eine Ausdehnung der Förderung auf die Online-Medien wurde aber mit Hilfe der SVP torpediert. Weil der Ständerat die Ausgabenbremse bei diesem Teil der Vorlage nicht löste, ist die Förderung – für den Moment – abgelehnt.
- Das Parlament will für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs deutlich mehr Geld ausgeben als der Bundesrat. Es entschied, anstatt 90 Millionen 385 Millionen Franken auszulegen und die Förderzeit zu verlängern. Mit den Massnahmen soll das Verlagerungsziel von 650'000 alpenquerenden Fahrten näher kommen. Im vergangenen Jahr sank die Zahl der Lastwagenfahrten durch die Alpen auf knapp 900'000. Das gesetzliche Ziel wurde aber weiterhin klar verfehlt.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

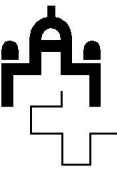
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 7. – 25. September 2020**
- **Sondersession: 29. – 30. Oktober 2020**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2020**
- **Frühlingssession: 1. – 19. März 2021**
- **Sommersession: 31. Mai – 18. Juni 2021**
- **Herbstsession: 13. September – 1. Oktober 2021**
- **Wintersession: 29. November – 17. Dezember 2021**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**

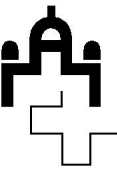


Begrenzungs-Initiative

J A + zur **massvollen**
Zuwanderung

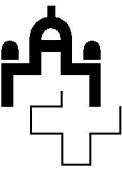


begrenzungsinitiative.ch PC: 31-572732-0



Abstimmungsempfehlung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 27. September 2020

- Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative) **JA**
- Jagdgesetz **JA**
- Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten **JA**
- Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» **NEIN**
- Beschaffung neuer Kampfflugzeuge **JA**



Haben Sie Fragen?